

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 3. März 2026

**Postulat Jean-Marc Behr,
«Städtische Personalressourcen zeitgemäss einsetzen» (Nr. 27/2025)**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Datum vom 9. Dezember 2025 hat Grossstadtrat Jean-Marc Behr (FDP) ein Postulat eingereicht, welches eine Prüfung fordert, «welche Stellen aufgrund des Effizienzgewinns durch die voranschreitende Digitalisierung und den Einzug der künstlichen Intelligenz nicht mehr weitergeführt werden sollen». Ferner solle dadurch «das prozentuale Wachstum der Stellen beim Staat jenes der Bevölkerung nicht überschreiten».

Der Stadtrat nimmt wie folgt Stellung:

1. Digitalisierung und künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung

Der Stadtrat versteht Digitalisierung und künstliche Intelligenz (KI) als strategische Führungsaufgabe. Die Stadt Schaffhausen investiert seit Jahren systematisch in digitale Prozesse, Arbeitsformen und Kompetenzen, auch zur weiteren Stärkung der Kundenorientierung.

Mit der Einführung von M365, mobil-flexiblem Arbeiten, einer neuen Website mit Chatbot und Bürgerportal sowie einer Datenstrategie wurden wesentliche Grundlagen geschaffen.

2025 wurden erste KI-Praxistests mit rund 50 Mitarbeitenden durchgeführt. Eine dauerhafte Lösung wird derzeit gemeinsam mit anderen Städten und Kantonen geprüft. Der KI-gestützte Bibliotheksassistent SHAI ist bereits im Einsatz; der Website-Chatbot wird 2026 KI-basiert weiterentwickelt. Auch Protokolle werden zunehmend mit KI-Unterstützung erstellt.

Zur Qualifizierung der Mitarbeitenden finden wiederholt und gezielt KI-Schulungen statt, auch ein Merkblatt zur Nutzung liegt vor.

Die Stadt steht zudem in engem Austausch mit anderen Städten und Fachverbänden, um bewährte Ansätze zu identifizieren.

2. Auswirkungen auf Aufgaben und Personalbestand

Der Stadtrat prüft Optimierungspotenziale im Stellenetat laufend und unabhängig von einzelnen Vorstössen. Effizienzgewinne durch Digitalisierung und KI sind dabei selbstverständlich zu berücksichtigen.

Nach heutigem Kenntnisstand führt der Einsatz von KI im öffentlichen Sektor jedoch nicht zu einem linearen Abbau von Stellen. Effizienzgewinne betreffen in der Regel einzelne Arbeitsschritte – etwa Recherche-, Strukturierungs- oder Entwurfsarbeiten – und verteilen sich über zahlreiche Funktionen hinweg. Sie führen somit nicht zu einer klar abgrenzbaren Substitution ganzer Stellenprofile. Vielmehr verändern sich Aufgabeninhalte: Routineanteile nehmen ab, während Anforderungen in den Bereichen Qualitätssicherung, fachliche Prüfung, Koordination und rechtliche Verantwortung zunehmen.

Die Benennung konkreter Stellen, die künftig durch Digitalisierung bzw. die Anwendung von KI ersetzt werden könnten, würde eine Prognosegenauigkeit und eine lineare Substitutionslogik voraussetzen, die den tatsächlichen Wirkmechanismen von Digitalisierung im öffentlichen Sektor nicht entspricht. Die technologischen Möglichkeiten, regulatorischen Rahmenbedingungen und organisatorischen Einsatzformen entwickeln sich dynamisch. Eine solche Festlegung wäre zum heutigen Zeitpunkt weder fachlich belastbar noch organisatorisch verantwortungsvoll.

Der Vergleich mit der Privatwirtschaft ist nur bedingt tragfähig. Automatisierung und KI können insbesondere im produzierenden Gewerbe zu einem direkten Wegfall von Arbeitsplätzen führen. Unternehmen können Leistungen einstellen oder Märkte verlassen. Die Stadt hingegen erfüllt gesetzliche Aufgaben und kann ihr Leistungsangebot nicht frei steuern. Analoge Leistungen können in vielen Bereichen nicht beliebig reduziert, sondern müssen – auch im Sinne der Kundenfreundlichkeit – parallel zu digitalen Angeboten weitergeführt werden. Hinzu kommt, dass ein hoher Anteil der Stellen auf Betreuungsaufgaben, Unterhaltsarbeiten (Reinigung, Entsorgung) und handwerkliche Tätigkeiten entfällt, die nicht digitalisiert oder von einer KI wahrgenommen werden können.

3. Einordnung des Stellenbestands der Stadt Schaffhausen

Die Stadt Schaffhausen verfügt über eine schlanke Verwaltung. Beim Vergleich mit anderen Städten ist zu beachten, dass sich die Abgrenzung der Stadtverwaltungen und damit die Berücksichtigung einzelner Bereiche in der Stellenstatistik unterscheidet. Zu denken ist beispielsweise an Alterszentren, Spitex, Kinder- und Jugendheime oder städtische Werke. Je nach Abgrenzung liegt der Stellenbestand (Vollzeitäquivalente pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner) der Stadt Schaffhausen entweder im oder unter dem Durchschnitt anderer Schweizer Städte. Dabei erfüllt die Stadt Schaffhausen zahlreiche Zentrumsfunktionen und übernimmt im Rahmen von Leistungsvereinbarungen auch Aufgaben für andere Gemeinden.

Der grösste Stellenaufbau der letzten Jahre erfolgte nicht in der Kernverwaltung, sondern in den Bereichen Alter und Bildung (inkl. Kinderbetreuung) – also im di-

rekten Leistungsangebot für die Bevölkerung. Dieser Ausbau ist strukturell begründet: Eine alternde Gesellschaft erfordert mehr Gesundheits- und Pflegeleistungen, Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung stärken die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sichern langfristig Fachkräfte.

4. Verhältnis von Stellenbestand und Bevölkerungsentwicklung

Die Forderung, das Stellenwachstum strikt an das Bevölkerungswachstum zu koppeln, setzt eine Proportionalität voraus, die faktisch nicht besteht. Staatliche Aufgaben entwickeln sich primär aufgaben- und regelgetrieben, nicht nur bevölkerungsgetrieben.

Faktoren wie die zunehmende gesellschaftliche und fachliche Komplexität, der erhöhte Aufwand in der Betreuung und Pflege (demografischer Wandel), neue gesetzliche Vorgaben und höhere regulatorische Anforderungen, zusätzliche Aufgaben, die verstärkte Nutzung öffentlicher Räume und Auswirkungen des Klimawandels erzeugen Mehraufwand – auch bei stabiler Einwohnerzahl. Zudem verändern sich Anforderungen der Anspruchsgruppen – beispielsweise die Nachfrage nach digitalen Lösungen, ergänzend zu den analogen Angeboten.

Ein fixer Bezug des Stellenbestands auf die Bevölkerungsentwicklung greift daher zu kurz und wird der Aufgabenrealität nicht gerecht.

5. Schlussfolgerung

Digitalisierung und KI sind zentrale Instrumente für eine leistungsfähige und moderne Stadtverwaltung. Sie dienen der Qualität, der Effizienz und der Serviceorientierung bzw. Kundenfreundlichkeit. Eine Reduktion dieser Entwicklung auf die Frage des Stellenabbaus greift zu kurz und setzt falsche Anreize.

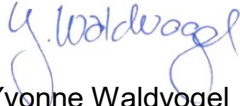
Der Stadtrat prüft Effizienzpotenziale weiterhin verantwortungsvoll. Konkrete Stellenreduktionen in Aussicht zu stellen, wäre jedoch zum heutigen Zeitpunkt weder fachlich fundiert noch politisch redlich.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir die Nichtüberweisung des Postulates.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES STADTRATS


Peter Neukomm
Stadtpräsident


Yvonne Waldvogel
Stadtschreiberin